



16. März 2007

Nr. 2/2007

▶▶▶ Aus der eaf Arbeit

- Das eaf Präsidium tagte am 26. Februar in Hannover. Der Schwerpunkt der Sitzung war die Beratung über den Haushalt 2008.
- Der eaf Fachausschuss 1 „*Sozialpolitik und Recht*“ beriet am 5. März 2007 in Berlin insbesondere aktuelle Positionen zur Familienbesteuerung und (finanzielle) Entlastung/Unterstützung der Eltern bei der Kindertagesbetreuung. Diskutiert wurden auch Fragen zum Ehe-Leitbild im Zusammenhang mit Gesetzesreformen (u. a. im Bereich Unterhalt).
- Der eaf Fachausschuss 2 „*Bildung, Beratung und Soziale Infrastruktur*“ traf sich am 9. März 2007 in Kassel-Wilhelmshöhe. Er beschäftigte sich mit der Entwicklung des Bundesprogramms „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder“ und Frühwarnsystemen in den Bundesländern. Das weiter zu bearbeitende Thema „Alter, Pflege, Sterben“ wurde präzisiert. Der FA 2 wird sich in der kommenden Zeit mit der Situation von Familien beschäftigen, die Angehörige pflegen. Außerdem kamen die Weiterentwicklungen bei den Mehrgenerationenhäusern zur Sprache.
- **„Den Himmel auf Erden? Partnerschaft leben im Alltag.“**
Neue Broschüre der eaf in Bayern erschienen

Der Titel der Broschüre spielt bereits auf ein Spannungsverhältnis an zwischen Wunsch und Wirklichkeit, Vision und Realität, Sehnsucht und Erfüllung.

Die Sehnsucht nach einer gelingenden und ein Leben lang andauernden Partnerbeziehung ist groß. Eine stabile und beglückende Partnerschaft gilt den meisten jungen Menschen als einer der wichtigsten Werte für das Lebensglück. „Ich liebe Dich, mit Dir möchte ich alt werden“, so gestehen sich Paare gerne ihre Liebe.

Der Zuversicht und Hoffnung steht andererseits eine hohe Scheidungsrate gegenüber. Vielen Paaren gelingt es nicht, ihre Beziehung so zu entwickeln und wachsen zu lassen, dass die jeweiligen individuellen Bedürfnisse darin auch hinreichend Platz finden. Beim Scheitern spielen dann häufig überhöhte Erwartungen eine Rolle. Umso wichtiger ist es, sich kontinuierlich miteinander auszutauschen und das gemeinsame Gespräch und die Begegnung zu suchen und Partnerschaft immer wieder zu gestalten und lebendig zu erhalten.

Aber auch von anderer Seite werden an Paare und Familien Erwartungen herangetragen und Druck ausgeübt. Dies kann zu Überforderungen führen und die Grenze der Belastbarkeit überschreiten. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit werden verstärkt Anforderungen

an Mobilität, Flexibilität und zeitlichen Einsatz gestellt. Dieses von der Wirtschaft favorisierte Leitbild entspricht den Bedürfnissen nach Kontinuität, Nähe und Gemeinsamkeit einer Partnerbeziehung wenig.

Die Broschüre greift ein breites Spektrum von Themen auf und spricht dabei unterschiedliche Fragen an, zum Beispiel: Die Frage des Alltags und der Gewöhnung: „Soll das schon alles gewesen sein? Oder: „Erwerbstätigkeit, Hausarbeit – wer macht was?“, „Kinder ja oder nein?“, „Welche Bereicherung, aber auch Kränkungen, kann das Zusammenleben von Paaren aus unterschiedlichen Kulturen mit sich bringen?“ oder „Wie lassen sich Trennung und Scheidung bewältigen?“

Die Broschüre will Paare – mit und ohne Kinder – begleiten. Sie gibt Hinweise und Impulse zum Nachdenken über Partnerschaft und will das gemeinsame Gespräch anregen. Ergänzend werden unter dem Titel „Kontakte – Unterstützung – Hilfen“ Angebote von Kirche und Diakonie vorgestellt, die Paare und Familien in unterschiedlichen Lebenssituationen beraten und unterstützen – jeweils versehen mit einer zentralen Kontaktadresse.

Die Broschüre kann kostenlos angefordert werden bei <mailto:info@eaf-bayern.de>
<http://www.eaf-bayern.de>

Familienpolitische Entwicklungen

• **Uta Meier-Gräfe: Weltfremd und ideologisch verboht**

„Wer geglaubt hatte, der überfällige familienpolitische Kurswechsel in Deutschland sei – wie in anderen Ländern auch – nunmehr ein Parteien übergreifendes Anliegen und auf einem guten Weg, kommt in diesen Tagen wieder einmal heftig ins Zweifeln. Da regt sich vehementer Widerstand gegen die couragierte Familienministerin von der Leyen (CDU) von Seiten ewig gestriger Parteifreunde, die mit konservativen Vertretern der Bindungsforschung eine unheilige Allianz eingehen. Stein des Anstoßes ist diesmal die entschiedene Forderung der Ministerin, bis zum Jahr 2013 die Zahl der Plätze in Krippen und bei Tagesmüttern bundesweit zu verdreifachen und mit einer Qualitätsoffensive zu verknüpfen. Dann und erst dann stünde zumindest für 35 Prozent der unter Dreijährigen ein Angebot zur Verfügung. ...“

Meier-Gräfes Stellungnahme zu der aktuellen Diskussion um die Krippenplätze kann im Anhang als pdf-Datei nachgelesen werden.

• **Sparen für die Kinderbetreuung - Geld soll in Ausbau von Kitas fließen**

Die SPD will mit ihrem Konzept zur Kinderbetreuung einen "Paradigmenwechsel": weg von der Individualförderung der Familien hin zur besseren Infrastruktur mit ausreichend Kitas und Krippen. Einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz für Kinder vom ersten Geburtstag bis zum Schuleintritt wollen die Sozialdemokraten bis 2010 verwirklichen.

Die Kosten für einen solchen Rechtsanspruch kalkuliert die SPD auf jährlich 3,5 Milliarden Euro. Zusätzlich sollen die ostdeutschen Länder einen Aufschlag von 720 Millionen erhalten, um ihre gute Ausstattung mit Krippen und Kitas angesichts des Bevölkerungsschwunds halten zu können. Insgesamt rechnet die SPD also für den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung von 2010 an mit 4,22 Milliarden Zusatzkosten.

Die Qualität der Kinderbetreuung soll durch mehr und besser ausgebildete Erzieher verbessert werden. Jährliche Kosten für die Länder: 770 Millionen Euro. Die Gebührenfreiheit in Kitas soll stufenweise eingeführt werden. Kosten: 1,4 Milliarden Euro. Durch Einsparungen, die auch und vor allem Eltern treffen würden, will die SPD den Ausbau von Krippen und Kitas finanzieren. Ein Verzicht auf die nächste Kindergelderhöhung von zehn Euro würde rein rechnerisch 1,8 Milliarden Euro erbringen. Weil die Zahl der Kinder sinkt, erwartet die SPD Minderausgaben für das Kindergeld in Höhe von 630 Millionen Euro, die in Krippen und Kitas fließen sollen.

Der Steuerfreibetrag für Kinderbetreuung soll um 300 Euro gesenkt werden. Macht 280 Millionen, die die SPD in Kinderbetreuung investieren will. Das Ehegattensplitting soll gekappt werden. Dies würde mit 1,9 Milliarden Euro den größten Batzen für den Ausbau der Kinderbetreuung bringen. Ehegatten sollen nicht mehr die Hälfte ihres zu versteuernden Einkommens auf den weniger verdienenden oder nicht berufstätigen Partner übertragen können, sondern nur noch den Höchstbetrag von 15.000 Euro pro Jahr. Für Familien mit 30.000 Euro Einkommen ändert sich dadurch nichts. Bei 45.000 Euro Einkommen würden die Steuervorteile um 270 Euro im Jahr sinken, Spitzenverdiener hätten bis zu 3.000 Euro weniger auf dem Konto.

Quelle: Frankfurter Rundschau online 2007, 27. Februar 2007

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1083354

- **Von der Leyen und Laschet: "Jugendschutz wird deutlich verschärft"**

Bundesfamilienministerium und Nordrhein-Westfalen als für die USK federführendes Land entwickeln Sofortprogramm

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und Armin Laschet, Familienminister in Nordrhein-Westfalen, starten gemeinsam ein Sofortprogramm zum wirksamen Schutz von Kindern und Jugendlichen vor extrem gewalthaltigen Computerspielen. "Wir freuen uns, dass wir einen gemeinsamen Weg gefunden haben, den Medienschutz für Kinder und Jugendliche in Deutschland noch sicherer zu machen", so von der Leyen und Laschet. Von der Leyen ist als Bundesfamilienministerin für den Jugendschutz zuständig, Laschet ist als Familienminister in Nordrhein-Westfalen federführend unter den Ländern für die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) zuständig.

Zurzeit werden im Auftrag des Bundesfamilienministeriums und der Länder die gesamten Jugendschutzvorschriften vom Hans-Bredow-Institut in Hamburg evaluiert.

Für den Bereich der Computerspiele wird es erste Ergebnisse bereits im Juni geben. Doch bis dahin wollen Laschet und von der Leyen nicht warten. "Wir wissen schon heute, dass für einen besseren Jugendschutz in der Praxis Gesetzesänderungen notwendig sind, deshalb handeln wir jetzt mit dem Sofortprogramm", so von der Leyen.

Das Sofortprogramm besteht aus vier Säulen:

1. Verschärfung des Jugendschutzgesetzes

Extrem gewaltbeherrschte Trägermedien (z. B. Computerspiele, Videos, DVD) sind in Zukunft per Gesetz automatisch für Kinder und Jugendliche verboten. Sie müssen nicht erst Prüfverfahren durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien durchlaufen. Diese Medien sind dann mit einem weit reichenden Abgabe- und Werbeverbot belegt und dürfen nur in gesonderten Geschäften und an Erwachsene verkauft werden. Die Schwelle, ab der das automatische Verbot greift, wird gesenkt. Es reicht in Zukunft schon, wenn das ganze Spiel von Gewalt beherrscht wird, auch ohne das Gewalt verherrlicht wird (§ 15 Abs. 2 JuSchG). "Dies ist ein klares Signal für Hersteller und Händler. Der Gesetzgeber sagt sehr deutlich: Diese Medien gehören nicht in die Hände von Kindern und Jugendlichen. Ein Händler, der solche Spiele an Kinder und Jugendliche unter 18 verkauft, macht sich strafbar", so von der Leyen. Auch die Indizierungskriterien der BPjM werden erweitert (§18 Abs. 1 JuSchG). Die Kriterien sind richtungsweisend für die Bundesprüfstelle, um Medien als jugendgefährdend einzustufen. Künftig werden auch folgende Spiele indiziert: "Spiele, in denen deutlich visualisierte Gewaltanwendung mit 'Leben sammeln' oder Erreichen eines weiteren Levels belohnt wird, oder in denen Mord- oder Metzelszenen detailliert dargestellt werden, kommen auf den Index", sagt von der Leyen.

2. Verbesserung des gesetzlichen Vollzugs

Die Größe der Alterskennzeichen der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) und der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) auf den Verpackungen der Bildträger wird plakativ wie die Hinweise zu Gesundheitsgefahren auf Zigarettenpackungen gesetzlich festgelegt (§ 12 Abs. 2 JuSchG). "Die Hinweise können gar nicht groß genug

sein. Sie sind heute fast nur mit der Lupe zu lesen, das bringt gar nichts", ist von der Leyen überzeugt. Gesetzliche Zulassung von Testkäufen durch die zuständigen Behörden, damit diese besser kontrollieren können - Änderung des § 28 Abs. 4 JuSchG. "Wir müssen die schwarzen Schafe unter den Händlern erwischen, wenn sie leichtfertig verbotenerweise Spiele an unsere jugendlichen Testkäufer verkaufen", sagt von der Leyen. Initiative zur Umrüstung von Kassensystemen, damit das Verkaufspersonal durch akustische oder optische Warnhinweise auf die jugendschutzrechtlichen Abgabeverbote hingewiesen wird. "Wenn die Spiele dann über die Ladentheke gehen, ist es nicht mehr zu überhören, dass es sich um ein Spiel handelt, das nicht an Jugendliche unter 18 verkauft werden darf", erklärt Bundesministerin von der Leyen.

3. Qualitätssicherung der Jugendschutzentscheidungen

Die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle soll transparenter und effektiver gestaltet werden. "Zudem möchte ich die Länder dafür gewinnen, dass sie kurzfristig ihr personelles Engagement bei der USK verstärken. Wir werden dann mehr Personal für diese wichtige Aufgabe zur Verfügung haben", so Laschet. Die Kriterien für die Alterskennzeichen sollen konkreter gefasst werden. Dies beinhaltet auch die Abgrenzung zu den Indizierungskriterien der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM). Durch die Mitwirkung von Vertretern der BPjM an den Prüfungen der USK soll sichergestellt werden, dass die Indizierungskriterien verstärkt in die Entscheidungen einfließen.

4. Kommunikation

Die USK wird eine offensive Informationspolitik zu Entscheidungen der Alterskennzeichnung starten. "Dann wissen Händler und Eltern leichter, welche Spiele für Kinder in welchem Alter erlaubt sind", sagt Laschet. Es wird eine Initiative der Jugendministerkonferenz, Kulturministerkonferenz und des Bundesfamilienministeriums für einen "Tag des Jugendmedienschutzes" im Zusammenhang mit einer "Woche des Jugendschutzes" gemeinsam mit den Kommunen angestrebt. "An diesem Tag soll der Jugendmedienschutz verstärkt an Schulen im Unterricht thematisiert werden", so Laschet.

Eltern sollen besser informiert werden. Zudem sollen die Beratungsangebote für Eltern durch Wirtschaft, Länder und Bund verbessert werden. Dazu werden die Servicetelefone von USK und BPjM ausgebaut.

Ende 2007/Anfang 2008 soll eine Europäische Fachkonferenz unter dem Titel "Quo Vadis Jugendmedienschutz?" stattfinden. Ziel ist es, Eckpunkte für die Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens zwischen Schutzerfordernis, Selbstbestimmung und internationalen Regelungen zu definieren.

Weitere Informationen zum Jugendschutz finden Sie auf dieser Homepage und unter <http://www.mgffi.nrw.de>.

Hintergrundpressematerial zum Jugendmedienschutz (PDF)

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Pressestelle/Pdf-Anlagen/jugendmedienschutz-pressematerial,property=pdf,rwb=true.pdf>

Externe Links zum Thema

Broschüre zum Jugendmedienschutz (PDF)

<http://www.bundespruefstelle.de/bpjm/redaktion/PDF-Anlagen/broschuere-gesetzlicher-und-paedagogischer-jugendmedienschutz,property=pdf,bereich=bpjm,rwb=true.pdf>

Quelle: Pressemitteilung Nr. 164 vom 13. Februar 2007 des BMFSFJ

• **Ministerrat in Rheinland-Pfalz stimmt für Beitragsfreiheit für Kindergärten**

In seiner Sitzung vom 6. Februar 2007 hat der Ministerrat in zweiter Beratung dem Entwurf zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes zugestimmt, mit dem Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland die gesamte Kindergartenzeit beitragsfrei macht. Der Gesetzentwurf wird nun dem Landtag zugeleitet. „Nachdem in der Anhörung, die insgesamt 18 Institutionen und Organisationen Gelegenheit zur Stellungnahme gab, ein durchweg grundsätzlich positives Echo zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung deutlich wurde, hoffe

ich nun auf eine ebenso konstruktive Beratung im Parlament“, unterstrich Bildungs- und Jugendministerin Doris Ahnen.

Mit dem Entwurf zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes entfallen vom Kindergartenjahr 2008/2009 an bis zum Jahr 2010 schrittweise die Beiträge für den Besuch des Kindergartens insgesamt. Ab September 2010 entfallen dann auch für alle Zweijährigen, für die ab diesem Datum nach bereits geltender Rechtslage auch ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz greift, die Elternbeiträge für den Besuch im Kindergarten. Das Land wird dafür schrittweise aufbauend bis zu 58 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich bereitstellen. „Mit diesem Engagement des Landes werden Familien deutlich entlastet und zugleich die Bildungschancen für Kinder verbessert“, betonte Doris Ahnen.

Das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung sei für Eltern in Rheinland-Pfalz bereits zum 1. Januar 2006 mit dem Landesgesetz zum Ausbau der frühen Förderung beitragsfrei geworden, erinnerte die Bildungs- und Jugendministerin und ergänzte: „Beim Schulanmeldetermin im Herbst 2006 wurde festgestellt, dass 99 Prozent aller Kinder, die im Schuljahr 2007/2008 in die Schule kommen, bereits eine Kindertagesstätte besuchten. Das war ein weiterer Beweis dafür, dass das im Februar 2005 gestartete Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ die Chancen für alle Kinder auf eine individuelle Förderung in den Kindertagesstätten erhöht. Wir wollen allerdings über die gesamte Kindergartenzeit hinweg generell auch den Kindern einen Kindergartenbesuch ermöglichen, die bisher aus finanziellen Gründen diese Möglichkeit eines frühen und gezielten Erziehungs- und Bildungsangebots nicht nutzen konnten.“ Zentrales Ziel des Landes sei es, mehr Chancengleichheit im Bildungssystem zu schaffen, hielt die Bildungs- und Jugendministerin fest. Daher werde das Land parallel zu den weiteren Schritten zur finanziellen Entlastung von Eltern, die mit der jetzt vom Kabinett beschlossenen Gesetzesänderung verbunden seien, auch weiterhin Verbesserungen in der Qualität des Bildungs- und Erziehungsangebots in den Kindertagesstätten massiv unterstützen. „In Rheinland-Pfalz sollen Kinder mit Freude und bestmöglichen Zukunftschancen heranwachsen“, sagte Doris Ahnen.

Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur in Rheinland-Pfalz vom 6. Februar 2007

Tagungen und Veranstaltungen

- **Workshop Gemeinwesenarbeit in der "Sozialen Stadt"**
Neue Herausforderungen und Chancen für Kirche und Diakonie

Der Workshop fand am 14. März 2007 in der Magdalenenkirche in Berlin-Neukölln statt. Diakonie und Kirche sind im Rahmen der "Sozialen Stadt" bei der Umsetzung von Projekten "starke Partner". Insbesondere für Stadtgebiete mit besonderem städtebaulichen und sozialen Entwicklungsbedarf sind Ansätze gefordert, die den Blick vom "Fall zum Feld" öffnen. Auf vielen Ebenen diakonischen Handelns lassen sich nach wie vor Hemmnisse und Defizite feststellen, sich in Sozialraumstrategien einzuklinken und das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit in der "Sozialen Stadt" umzusetzen. Zwar haben sich einige auf den Weg gemacht, aber nach wie vor sind keine geeigneten Arbeitsstrukturen auf den verbandlichen Ebenen und Arbeitsfeldern vorhanden und es mangelt an ausreichendem Know-how. Die "Versäulung" der Fachdisziplinen und der verengte Blick auf einzelne "Fördertöpfe" sowie das Nebeneinander von Kirche und Diakonie und von diakonischen Einrichtungen untereinander sorgen für Blockaden. Die Folge ist: Diakonie und Kirche sind für strategische (auch Konflikt-)Partnerschaften in der "Sozialen Stadt" nicht aufgestellt und schaffen es oft nicht, die vorhandenen zusätzlichen Ressourcen der Stadtentwicklungsförderung abzurufen und für Stadtteil und Gemeindegemeinschaft zu nutzen. Im Rahmen des Workshops soll versucht werden, erfahrene Stadtteilakteure aus der örtlichen diakonischen Arbeit sowie Schlüsselakteure aus Landes- und Fachverbänden zusammenzuführen, um sich über neue Herausforderungen und Chancen für Gemeinwesenarbeit in der "Sozialen Stadt" zu verständigen, die Rolle von Diakonie und Kirche, auch im Verbund mit anderen Trägern, zu reflektieren und Vorschläge zur Etablierung geeigneter Arbeitsstrukturen zur Profilierung des "Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit" in

der "Sozialen Stadt" zu entwickeln. Der Kreis der Teilnehmenden soll sich auf erfahrene Stadtteilakteure und die erwähnten Schlüsselakteure beschränken.

Für weitere Interessierte wird auf die Tagung "Zukunft der Sozialen Stadt - Modelle der Verstetigung" der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e. V. verwiesen, die an den beiden Folgetagen (15. und 16. März 2007) am gleichen Ort stattfindet.

Quelle: DW EKD Informationsdienst, 1. Februar 2007 / Reinhard Thies

<http://www.diakonie-fid.de/Download/einladungsflyer.01.07.pdf>

- **Ein PLUS für Familien:** Wandel gestalten, Organisationsformen entwickeln

Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Ev. Familien-Bildungsstätten e. V. (BAG) am 19. April 2007 in der Johanneskirche in Düsseldorf. Die BAG weist darauf hin, dass zu weiteren bundesweiten Weiterbildungsveranstaltungen noch einzelne Plätze frei sind. Weitere Informationen, Programme unter <http://www.bagfamilie.de/frameset.htm>

- **Tagung: Werte bilden?! - Zur Wertedebatte in Kirche und Gesellschaft**

Berlin-Tiergarten / Akademie der KAS 7./8.Mai 2007

Die DEAE veranstaltet gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) am 7./8. Mai 2007 in der Akademie der KAS in Berlin-Tiergarten eine zweitägige Tagung zum Thema mit dem Ziel einer grundlegenden Analyse der vielschichtigen und z. T. diffusen Debatte um Wertebildung, einer bildungspolitischen Positionierung dazu sowie der Erarbeitung von Impulsen und Umsetzungsperspektiven für die Erwachsenen-/Weiterbildung und ihre Praxisfelder.

Angesprochen sind PolitikerInnen, politisch und philosophisch interessierte Zeitgenossen und MitarbeiterInnen der Arbeitsfelder Erwachsenenbildung, Schule, Hochschule, Kirche/pfarramtlicher Dienst. Weitere Informationen unter

http://www.deae.de/Flyer_Werte_bilden.pdf

Zahlen, Daten, Fakten

- **Zweite Ausschreibungswelle Mehrgenerationenhäuser**

Mit 200 Einrichtungen ist das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser nach nur vier Monaten in ganz Deutschland präsent. Ziel des Aktionsprogramms ist es, bis zum Ende dieses Jahres in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt ein Mehrgenerationenhaus zu eröffnen. Vom 16. April bis zum 11. Mai läuft die zweite Ausschreibungsphase, in der die Mehrgenerationenhäuser für die noch nicht besetzten Kreise ausgewählt werden.

Quelle: Starke Leistung für jedes Alter, Ausgabe Februar 2007

Mehr Informationen unter:

http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/03__Informationen_20f_C3_BCr/02__Dienstleister/06b__Bewerbung.html

- **Weniger Adoptionen in Deutschland**

Seit 1995 nimmt die Zahl der in Deutschland adoptierten Kinder ab. Während vor zwölf Jahren noch fast 8.000 Kinder adoptiert wurden, sind es im Jahr 2005 weniger als 5.000 gewesen. Dies erklärt die Bundesregierung in der Antwort (16/4094) auf eine Kleine Anfrage der FDP (16/3880). Gleich geblieben beziehungsweise auf beiden Seiten rückläufig sei dagegen das Verhältnis zwischen zur Adoption stehenden Kindern und potenziellen Adoptiveltern, heißt es. Genaue Gründe dafür seien der Regierung aber nicht bekannt. Grundsätzlich lägen aber private und wirtschaftliche Gründe einer "Adoptionsfreigabe" zugrunde. Auch stehe via Internet allen Seiten ein größeres Informationsangebot zum Thema Adoption zur Verfügung. Von den im Jahr 2005 in Heimen oder in Pflegefamilien 99.372 untergebrachten Kindern und Jugendlichen sind nach Regierungsangaben 431 adoptierte Kindern vorher in ein Heim und weitere 537 Kinder in eine Pflegefamilie aufgenommen worden. Die Regierung führt aus, derzeit würden die seit Anfang 2002 neu in Kraft getretenen Adoptionsvorschriften auf ihre Wirksamkeit hin überprüft. International

setze sich die Regierung für die Verbreitung des so genannten "Haager Adoptionsübereinkommens" ein. Damit würden in allen Ländern gleiche Ansprüche und Standards für Adoptionen angestrebt. So könne auch effektiver zwischen wirklichen Adoptionen und Kinderhandel unterschieden werden.

Quelle: hib Nr. 037 vom 9. Februar 2007

- **Fast 30 Prozent aller Kinder kamen 2005 außerehelich zur Welt**

Während die Geburtenzahl insgesamt in Deutschland zurückgeht, steigt die Anzahl der Kinder, deren Eltern nicht miteinander verheiratet sind. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, kamen im Jahr 2005 gut 200.000 Kinder außerhalb einer Ehe zur Welt, das waren 29 Prozent aller lebendgeborenen Kinder. 1998, als mit der Reform des Kindschaftsrechts die Rechtsstellung nichtehelicher Kinder verbessert wurde, waren es 157.000 (20 Prozent) und 1995 123.000 Kinder (16 Prozent) gewesen.

Innerhalb Deutschlands bestehen bei außerehelichen Geburten erhebliche Unterschiede: Im Norden und Osten haben mehr Kinder Eltern, die nicht miteinander verheiratet sind, als im Süden und Westen. Die höchsten Anteile an außerehelichen Geburten gab es 2005 in Mecklenburg-Vorpommern mit 64 Prozent und Sachsen-Anhalt mit 62 Prozent, die niedrigsten in Baden-Württemberg mit 19 Prozent und Hessen mit 22 Prozent.

Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 23. Januar 2007

Themen, die weiter zu beobachten sind

- **Drei Milliarden Euro mehr für Kinderkrippen?**

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat einen massiven Ausbau der Zahl der Kinderkrippen gefordert. Im Jahr 2013 sollten in Deutschland etwa 35 Prozent der Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr professionell betreut werden, sagte von der Leyen der "Süddeutschen Zeitung".

Dies koste jährlich drei Milliarden Euro zusätzlich. Die Familienministerin will erreichen, dass in der Bundesrepublik in wenigen Jahren etwa 750.000 Kleinkinder in Krippen und von Tagesmüttern betreut werden. Derzeit sind es rund 250.000. Die drei Milliarden Euro müssten Bund, Länder und Kommunen gemeinsam aufbringen.

Die Bundesfamilienministerin stellt sich bei ihrem ehrgeizigen Vorhaben auf Widerstand aus der eigenen Partei ein. "Neue Wege sind nie einfach. Man fängt immer mit wenigen Mitstreitern an", sagte sie. Doch zeige die Einführung des Elterngeldes, dass auch mit der Union moderne Wege gangbar seien.

Die Kritik des sächsischen Kultusministers Steffen Flath (CDU), Deutschland dürfe bei der Kinderbetreuung "nicht die DDR wiederauferstehen lassen", wies von der Leyen zurück: "Wir sollten uns besser mit Ländern messen, die seit Jahrzehnten ein hervorragendes System der frühkindlichen Bildung und Betreuung entwickelt haben." So schnitten Kinder aus skandinavischen Staaten in Bildungsvergleichen besser ab als Kinder aus der Bundesrepublik; auch seien die Geburtenraten dort höher.

Quelle: dpa - Deutsche Presseagentur 2007, 9. Februar 2007

- **Ausbau der Tagespflege reißt Gräben auf
Kommunen setzen stärker auf Tagesmütter / Kita-Erzieherinnen geraten ins Hintertreffen**

Der Berufsstand der Erzieherinnen gerät immer mehr unter Druck: In Kitas werden Stellen abgebaut, während die Tagespflege mit preiswerteren Tagesmüttern boomt. Und bei der Hausaufgabenbetreuung setzen die Kommunen zumeist auf ehrenamtliche Kräfte. Das hat Folgen für die Erzieherinnen, die oft ihre Arbeitszeit reduzieren müssen. Schon beklagen deren Berufsverbände eine schleichende Verarmung.

"Wir sehen, dass im Bereich der Kindertageseinrichtungen zunehmend Stellen abgebaut werden oder nur noch in Teilzeit möglich sind. Die Kommunen setzen verstärkt auf die

preiswerteren Tagesmütter oder, beispielsweise bei der Hausaufgabenbetreuung, auf Ehrenamtliche. Für unsere Klientel ist das gleichbedeutend mit einer schleichenden Verarmung", kritisiert Kathrin Mengesdorf-Götz, beim Bundesverband Evangelischer Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen zuständig für das Ressort Ausbildung.

Verband: "Erzieherinnen benötigen zum Leben immer häufiger einen Zweit- oder Drittjob". Der Verband vertritt eigenen Angaben zufolge bundesweit rund 1.000 Erzieherinnen und Erzieher. Immer häufiger müssten sich Erzieher mit Zweit- oder Drittjobs über Wasser halten, weil das Einkommen aus dem eigentlichen Beruf nicht ausreiche. "Viele bekommen nur noch eine Teilzeitstelle und müssen dann von 800 bis 900 Euro netto monatlich leben", stellt Mengesdorf-Götz fest. Kritisch sieht der Verband dabei vor allem den massiven - vom Bund im Jahr 2005 mit dem Tagesbetreuungs-Ausbaugesetz (TAG) und dem Kinderjugendhilfe-Weiterentwicklungsgesetz (KICK) geförderten - Ausbau der Tagespflege. Was die Kommunen in die Tagespflege investierten, fehle den Kindertagesstätten. Auch müsse die Frage nach der Qualität der Tagespflege gestellt werden: "Tagespflege kann nur dann ein attraktives Angebot für Eltern sein, wenn Mindeststandards eingeführt und überprüft werden. Man kann nicht einen Hochschulabschluss bei Erzieherinnen diskutieren und sich in der Tagespflege zugleich mit einer Ausbildung von 160 Stunden oder weniger zufrieden geben."

Den Etat für Kinderbetreuung teilen sich Kitas in vielen Kommunen mit der Tagespflege

Für Jutta Hinke-Ruhnau, Fachreferentin beim Tagesmütter-Bundesverband, ist Kinderbetreuung in Einrichtungen nicht mit der Arbeit von Tagesmüttern vergleichbar. "In der Tagespflege leben die Kinder in familienähnlichen Verhältnissen, sie erleben Familienalltag. Hier gibt es eine Bindungsqualität, die mit der Strukturqualität in Einrichtungen nicht verglichen werden kann." Der Verband mit Sitz in Krefeld setzt sich seit Jahren für eine Professionalisierung der Tagespflege ein. "Wir haben bundesweit mittlerweile rund 4.000 Tagespflegepersonen zertifiziert, die das 160-Stunden-Curriculum des Deutschen Jugendinstitutes erfolgreich absolviert haben." Die Kosten für die Qualifizierung belaufen sich pro Person auf 800 und 1.200 Euro, die meist von den Kommunen übernommen werden. Das Engagement der Städte und Gemeinden sei sehr unterschiedlich, so Hinke-Ruhnau: "Manche engagieren sich stark in der Tagespflege, andere halten mehr an den traditionellen Einrichtungen fest." Das Dilemma: Den Etat für Kinderbetreuung müssen sich die Kitas mit der Tagespflege teilen, die vom Bund zugesagten zehn Millionen Euro für die Qualifizierung von Tagesmüttern sind für Hinke-Ruhnau nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Konkurrenz zwischen Erzieherinnen und Tagesmüttern sei programmiert. Der Tagesmütter-Verband setzt jedoch auf Zusammenarbeit: "Es gibt bereits positive Beispiele für Kooperationen, beispielsweise in Mannheim. Der dortige Fachdienst Kindertagespflege des Jugendamtes berät, qualifiziert und vermittelt Tagespflegepersonen und bringt Kitas und Tagesmütter zusammen." Für mehr Zusammenarbeit der konkurrierenden Felder wirbt auch die Bertelsmann-Stiftung. Ihre Expertise "Kooperationen zwischen Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege", die im November vergangenen Jahres veröffentlicht wurde, enthält eine Reihe von Empfehlungen, wie eine sinnvolle Zusammenarbeit gestaltet werden kann. Hinke-Ruhnau ist überzeugt, dass es einen Angebotsmix geben muss: "Die Bedürfnisse der Eltern sind sehr unterschiedlich, da muss es Flexibilität geben."

Kitas und Tagespflege

Für einen Angebotsmix plädiert auch der Verband Berufstätiger Mütter (VBM): "Es gibt für beide Formen - Kitas und Tagespflege - einen Markt", sagt Eike Ostendorf-Servissoglou vom VBM. "Vor allem bei kleinen Kindern präferieren viele Eltern die Tagespflegeversion, weil sie familienähnlichen Charakter hat. Andererseits brauchen Eltern auch Betreuungsgarantie - und die ist in einer Einrichtung besser gegeben, als bei einer einzelnen Person, die auch mal krank werden kann." Der künftige Betreuungsbedarf ist groß: Die Bildungsgewerkschaft GEW rechnet damit, dass für die unter Dreijährigen bis zum Jahr 2010 rund 160.000 neue Plätze in Tageseinrichtungen und 70.000 Plätze in der Tagespflege entstehen müssen. Der stellvertretende GEW-Vorsitzende, Norbert Hocke,

appelliert daher an die Kommunen, mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Eltern einen "Pakt für mehr Kinderfreundlichkeit" zu schließen.

GEW fordert von den Kommunen, Gesamtkonzepte für die Kinderbetreuung zu entwickeln

Kinder bräuchten eine verlässliche Betreuung und Erziehung durch gut ausgebildete Erzieherinnen. Dazu gehöre auch, mit den Tagesmüttern keinen "Wettbewerb der billigsten Anbieter" anzuzetteln. Diese müssten vielmehr in ein Gesamtkonzept kommunaler Kinderbetreuungsstrukturen eingebunden werden. Die Situation der Erzieherinnen und Erzieher will die GEW derzeit mit einer Umfrage näher beleuchten (Kita-Studie). Abgefragt wird, was Erzieher von ihrer Arbeit erwarten, welchen Belastungen sie ausgesetzt sind und was sie anders machen würden.

Weitere Informationen:

Bundesverband Evangelischer Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen e. V.

<http://www.Bundesverband-e-und-s.de/>

Bundesverband der Tagesmütter in Krefeld: <http://www.tagesmuetterbundesverband.de/>

<http://www.berufstaetige-muetter.de>

Expertise im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung vom November 2006: "Kooperationen zwischen Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege" - Handlungsempfehlungen für Politik, Träger und Einrichtungen, www.Bertelsmann-stiftung.de

Eltern hätten lieber flexiblere Betreuungsangebote

Wie ist die Situation in der Kinderbetreuung derzeit in Deutschland? Aufschluss darüber gibt die Kinderbetreuungsstudie des Deutschen Jugendinstitutes (DJI), die im vergangenen November vorgestellt wurde. Seit Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz besuchen demnach fast alle Kinder ab vier Jahren den Kindergarten. Problematisch sieht es dagegen für den Altersbereich der zwei- bis vierjährigen Kinder aus, belegt die Studie. Eltern wünschen sich demnach mehr Betreuungsangebote, die auch für Kleinkinder offenstehen. Um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können, seien im Westen Deutschlands außerdem mehr Ganztagsplätze für Drei- bis Sechsjährige erforderlich. Auch müssten die Betreuungszeiten zukünftig flexibler sein und besser an die Arbeitszeiten der Eltern angepasst werden, empfiehlt die Studie. Probleme seien fehlende Über-Mittag-Betreuung sowie Abdeckung von sogenannten Tagesrandzeiten. "Nötig sind daher zusätzliche Ergänzungsangebote, Verbund- und Netzwerklösungen", heißt es in der Untersuchung.

Weitere Informationen:

Walter Bien, Thomas Rauschenbach, Birgit Riedel (Hrsg.); "Wer betreut Deutschlands Kinder?", DJI-Kinderbetreuungsstudie, Beltz-Verlag 2006, 317 Seiten, 29,90 Euro, ISBN: 3-407-56310-8 06 vom 9. Februar 2007

Quelle: Eva Richter in epd vom 6.2.2007

- **Vaterschaft: Karlsruhe entscheidet über heimliche Tests**

Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts könnte dafür sorgen, dass es künftig leichter wird, die Abstammung eines Kindes legal zu überprüfen. Rechtswidrige Gen-Tests würden dann überflüssig.

Von Ursula Knapp

Der Schnuller kann es an den Tag bringen (ddp) - Das alte lateinische Sprichwort, wonach der Vater immer unsicher ist (Pater semper incertus), stimmt schon lange nicht mehr. In Zeiten, in denen Labors offensiv für DNA-Analysen werben, kann heute jeder Mann für ein paar hundert Euro erfahren, ob er tatsächlich der Erzeuger des Kindes ist oder nicht. Aber ohne Einwilligung des Nachwuchses beziehungsweise dessen Mutter, sind solche Gen-Tests illegal. Gerichte dürfen heimliche Vaterschaftstests nicht verwenden. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entscheidet am heutigen Dienstag, ob es dabei bleibt.

Der Fall, der es künftig deutlich erleichtern könnte, eine Vaterschaft anzufechten, ist krass. Als 1994 die Freundin von Frank S. ein Kind zur Welt brachte, erkannte er seine Vaterschaft vor dem Jugendamt zunächst an. Dann, er war inzwischen von der Mutter getrennt, wuchsen jedoch seine Zweifel. Eine Untersuchung belegte, dass seine Zeugungsfähigkeit unter zehn Prozent liegt. Mit diesem ärztlichen Befund leitete der Mann vor dem Familiengericht ein Anfechtungsverfahren ein. Doch eine Vaterschaft anzufechten, ist im Nachhinein nur möglich, wenn tatsächliche Umstände "objektive Zweifel" an der Vaterschaft die Klage begründen. Wann Zweifel als begründet beurteilt werden und wann nicht, entscheidet letztlich der zuständige Richter. Im Falle von Frank S. war der besonders unzugänglich. Die Anfechtungsklage scheiterte, das Gericht ordnete keine Untersuchung an.

Der angebliche Vater griff dann im Jahr 2002 zu einem verbotenen Mittel. Er ließ vom ausgespuckten Kaugummi des Kindes heimlich eine DNA-Analyse machen. Nach dem Ergebnis ist er als Vater auszuschließen. Da aber DNA-Tests ohne Zustimmung des Betroffenen beziehungsweise dessen Erziehungsberechtigten rechtswidrig sind, konnte der heimliche Gentest vor Gericht nicht verwertet werden. Die Mutter stimmte einer offiziellen Untersuchung nicht zu, deshalb gilt S. bis heute als Vater. Der Bundesgerichtshof (BGH) bestätigte 2005, dass heimliche Vaterschaftstests von Gerichten nicht verwertet werden dürfen.

Der Scheinvater legte Verfassungsbeschwerde ein, über die jetzt entschieden wird. Er sieht sein Recht die Vaterschaft zu klären, als höherwertig an als das informationelle Selbstbestimmungsrecht des Kindes. Eine Ansicht, die bei der mündlichen Verhandlung im vergangenen November auf Skepsis stieß. Auch er müsse nicht dulden, dass eine Versicherung oder eine Privatperson ein Haar von ihm aufsammle und heimlich einen Gentest durchführen lasse, argumentierte Bundesverfassungsrichter Brun-Otto Bryde. Und der neue Karlsruher Richter Michael Eichberger fragte kritisch nach, ob man dann auch heimliche Telefonaufnahmen in einem Zivilprozess zulassen müsse. Der Erste Senat zeigte wenig Neigung, heimliche Gentests als legale Beweismittel gerichtsfähig zu machen.

Dennoch könnte sich mit dem Urteil die Lage der Väter verbessern. Der Erste Senat könnte nämlich statt heimliche Gentests zuzulassen, dafür sorgen, dass es künftig leichter wird, die Vaterschaft legal zu überprüfen. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) wies in der Verhandlung bereits auf einen Gesetzentwurf hin, der es ermöglichen soll, die Vaterschaft künftig ohne begründeten Anfangsverdacht anzufechten. Damit könnten zweifelnde Väter in einem gerichtlichen Verfahren legal überprüfen lassen, von wem ihr Kind abstammt. Auch Frank S. könnte dann endlich offiziell und ohne Kaugummi klären lassen, ob er Vater ist oder nicht.

Quelle: Frankfurter Rundschau online 2007, 13. Februar 2007

- **Bilanz des Zukunftskongresses: Kein Weg zurück**

Knapp drei Tage lang haben rund 300 evangelische Christen in Wittenberg über den Weg ihrer Kirche in die Zukunft beraten. Am Schluss war klar: Einen Weg zurück in ein "Weiter so wie bisher" gibt es nicht. Von Wittenberg gehe das Signal aus, dass die Konzentration auf die kirchlichen Kernaufgaben kein leeres Wort sei, sagte der EKD-Ratsvorsitzende Wolfgang Huber. Die Entscheidung über konkrete Projekte liege nun bei den Leitungsgremien der Landeskirchen und der EKD. "Wir sind kritisch miteinander umgegangen, und das ist gut so", sagte der Berliner Bischof. Die Kirche dürfe nicht zu harmlos ihre Probleme diskutieren. Nun gehe es darum, Reform- und Pilotprojekte in Gang zu bringen und gelungene Beispiele bekannt zu machen.

<http://newsletter.ekd.de/ref.php?id=2a20df81413ms50>

<http://newsletter.ekd.de/ref.php?id=2a20df81414ms50>

<http://newsletter.ekd.de/ref.php?id=2a20df81415ms50>

Quelle: EKD NI Nr.235 vom 5. Februar 2007

- **Woche für das Leben "Mit Kindern in die Zukunft gehen."**

Die Woche für das Leben ist eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD. Im Jahr 2007 findet die Woche für das Leben vom 21. bis 28. April 2007 statt. Sie wird am 21. April feierlich in Bremen eröffnet und steht unter dem Motto: "Mit Kindern in die Zukunft gehen". Schon jetzt können Interessierte das Themenheft der diesjährigen Woche im Internet lesen und herunterladen. Die gedruckten Hefte werden voraussichtlich ab Mitte Februar ausgeliefert und können kostenlos bei den jeweiligen Kontaktadressen der Landeskirchen oder Diözesen bestellt werden.

<http://newsletter.ekd.de/ref.php?id=2a20df81419ms50>

<http://newsletter.ekd.de/ref.php?id=2a20df81420ms50>

<http://newsletter.ekd.de/ref.php?id=2a20df81421ms50>

Quelle: EKD NI Nr.235 vom 5. Februar 2007

- **Mehr Auskünfte aus dem Bundeszentralregister bei Kindeswohlgefährdung**

Jugendämter sollen künftig die Möglichkeit zu unbeschränkten Auskünften aus dem Bundeszentralregister zu Personen haben, von denen eine mögliche Gefährdung eines Kindes ausgeht und die mit diesem in häuslicher Gemeinschaft leben. Die sieht ein Gesetzentwurf des Bundesrates (16/4199) vor. Das Ersuchen um Auskunft könne technisch im Wege elektronischen Datenaustausches zügig abgewickelt werden. Im Idealfall könne dies durch ein automatisiertes Verfahren, wie es etwa auf der Ebene von Staatsanwaltschaften und Gerichten bereits existiere, geschehen. Hintergrund der Initiative ist, dass es nach bisheriger Rechtslage den Jugendämtern nur eingeschränkt möglich ist, sich bei Anhaltspunkten für eine Gefährdung des Kindeswohls fundierte Informationen über die strafrechtliche Vorgeschichte von engen Bezugspersonen eines Kindes zu verschaffen. Aus dem Bundeszentralregister könnten die Ämter lediglich Auskunft in Form eines Führungszeugnisses erhalten. Um den Schutz von Kindern zu verbessern, müssten die Befugnisse in dieser Hinsicht deshalb ausgebaut werden. Die Länderkammer begründet ihren Vorstoß damit, in der jüngeren Vergangenheit habe sich die Öffentlichkeit wiederholt mit tragischen Schicksalen von Kindern konfrontiert gesehen, die unter lang andauernder, massiver Vernachlässigung zu leiden hatten. In besonders gravierenden Fällen habe am Ende der Tod des Kindes gestanden. Die staatliche Gemeinschaft habe über eine konsequente Strafverfolgung hinaus alle denkbaren Anstrengungen zu unternehmen, um bereits im Vorfeld den ausreichenden Schutz gefährdeter Kinder zu gewährleisten. Vorhandene Anhaltspunkte für eine Bedrohung des Kindes ließen sich verdichten, wenn das etwaige einschlägige strafrechtliche Vorleben von Bezugspersonen aus dem nächsten Umfeld des Kindes oder Jugendlichen bekannt seien. Die Bundesregierung teilt mit, sie beabsichtige, in Kürze einen eigenen Gesetzentwurf zu diesem Thema vorzulegen. Eine Experten-Arbeitsgruppe habe Maßnahmen vorgeschlagen, um ein frühzeitiges Eingreifen insbesondere der Familiengerichte zu fördern. Den Gesetzentwurf des Bundesrates halte die Regierung dagegen nicht für geeignet, um die Risikoeinschätzung spürbar zu verbessern und so einen erheblichen Beitrag zur Förderung des Kindeswohls zu leisten.

Quelle: hib Nr. 039 vom 13. Februar 2007

- **Sprachtest für Vierjährige wird Pflicht**

Ein Drittel der Vierjährigen spricht mangelhaft Deutsch, schätzt das NRW-Schulministerium. Als erstes Bundesland setzt Nordrhein-Westfalen auf Sprachtests für so kleine Knirpse. Sie müssen künftig beim Brettspiel "Besuch im Zoo" zeigen, was sie schon können. (Es wird ernst für alle Vierjährigen in Nordrhein-Westfalen: Verpflichtende Sprachtests stehen ab März für rund 180.000 Kinder auf dem Programm. Getestet wird spielerisch bei einem "Besuch im Zoo".) So heißt das Brettspiel, das im neuen Sprachtest "Delfin 4" zeigen soll, wie gut oder schlecht ein Kind Deutsch spricht. Über Sprachtests vor Schulbeginn wird seit geraumer Zeit bundesweit diskutiert. Nordrhein-Westfalen ist das erste Bundesland, das bereits zwei Jahre vor der Einschulung den Förderbedarf bei Kleinkindern ermittelt. Bei mangelhaften Sprachkenntnissen sind Vierjährige ab August zu vorschulischen Sprachkursen verpflichtet. Jedes dritte Kind - also rund 60.000 Jungen und Mädchen - könnte das betreffen, schätzt das Schulministerium, das die Pläne am

Montag vorstellte. Für Schulministerin Barbara Sommer (CDU) handelt es sich um einen längst überfälligen Schritt. Bislang waren hauptsächlich halbjährliche Crash-Kurse üblich, wenn bei der Anmeldung zur Grundschule Sprachprobleme festgestellt wurden. "Das reicht nicht", sagt Sommer. Sprache dürfe nicht länger eine Bildungsbarriere bedeuten - "weder für Kinder aus Migrantenfamilien noch für solche mit Deutsch als Muttersprache". Doch nicht überall wird die Initiative begrüßt. Vor allem der Personalaufwand und das sich über zwei Phasen hinziehende Testverfahren kritisieren die Bildungsgewerkschaft GEW und Verbände als unausgegoren oder unnötig, etwa das "Forum Förderung von Kindern", ein Bündnis von Eltern, Familien- und Erzieherverbänden in Nordrhein-Westfalen.

Vierjährige sprechen Sätze und Kunstwörter nach

Der zweistufige Kompetenztest sieht mit Hilfe des eigens von der Uni Dortmund entwickelten Zoo-Brettspiels ab März zunächst ein grobes Aussiebverfahren vor. Im Beisein einer Lehrerin und einer Erzieherin müssen die Vierjährigen Sätze und Kunstwörter nachsprechen, Spielanweisungen folgen, Bilder beschreiben, kleine Geschichten rund um das Thema Zoo frei erzählen. "Durch die Überprüfung dieser vier Kernbereiche bekommen wir ein gezieltes Bild von der Sprachentwicklung der Kinder", sagt die Pädagogik-Professorin und Verfahrensentwicklerin Lilian Fried.

Zwei Drittel der Kinder dürften nach Schätzungen des Ministeriums diesen Test problemlos durchlaufen. Die übrigen sollen danach zusammen mit den Vierjährigen, die noch keinen Kindergarten besuchen, in einer zweiten Stufe ab Mai noch einmal genauer getestet werden. "Hier wird dann ein entsprechendes Förderprofil erstellt und bei Bedarf der Förderunterricht angeordnet", sagte Fried.

Den sollen die Erzieher in den Kindertagesstätten übernehmen. Sie erhalten nach Angaben des nordrhein-westfälischen Jugendministers Armin Laschet zusätzlich 350 Euro pro Kind und können dafür auch gesonderte Fachkräfte hinzuziehen. Rund 2.200 Fachkräfte, Lehrer und sozialpädagogische Fachkräfte stünden dafür zur Verfügung. Die Kosten für die Fördermaßnahmen im Jahr 2007 gibt das Ministerium mit bis zu 17 Millionen Euro an. Eltern, die ihr Kind trotz Förderbedarf nicht in eine Kindertagesstätte schicken, sind dazu verpflichtet, ihr Kind zu einem vorschulischen Sprachkurs anzumelden.

"Mit der heißen Nadel gestrickt"

Nach Einschätzung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist der Sprachtest zwar "sinnvoll, aber mit der heißen Nadel gestrickt". Die GEW kritisiert vor allem die Ankündigung von Schulministerin Sommer, kein zusätzliches Personal an Grundschulen einstellen zu wollen. Der Förderunterricht an den Schulen werde ab März nur noch auf Sparflamme stattfinden können, weil gerade diese Lehrer mit den Sprachtests beauftragt würden, sagte Norbert Müller vom GEW-Landesvorstand der GEW. Bis zu 150.000 Unterrichtsstunden könnten nach Angaben der Gewerkschaft an den 3.400 Grundschulen im Land ausfallen. Zudem fehle es auch an einer grundlegenden Fortbildung, sowohl für die beiden Stufen des Testverfahrens als auch für die anschließende Sprachförderung. Statt eines aufgeblasenen Testverfahrens sollten lieber gezielt die zehn Prozent Kinder in den Blick genommen werden, von denen man genau wisse, dass sie Sprachprobleme hätten, betonte Gerhard Stranz vom Familienbündnis "Forum Förderung von Kindern". Jugendminister Armin Laschet sprach dagegen von einem wichtigen Tag für die Integration Deutscher wie Nichtdeutscher: "Nur wer die Sprache ausreichend beherrscht, hat später Chancen auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz." *Von Daniela Paget, AP*
Quelle: Spiegelonline am 12. Februar 2007

- **Experten bemängeln Nachteile für Frauen bei Rente mit 67**
Ausschuss für Arbeit und Soziales (Anhörung)

Renten Kürzung oder Rentenrettung - die Chancen der Rente mit 67 haben die Sachverständigen der öffentlichen Anhörung des Ausschuss für Arbeit und Soziales am 26. Februar 2007 unterschiedlich bewertet. Ein Großteil der Diskussion drehte sich um den be-

sonderen Schutz für Schwerbehinderte und die Benachteiligung von Frauen durch die 45-Jahres-Regelung.

"Die Verlängerung des Renteneintrittsalters ist aus meiner Sicht ein Muss und keine Kürzung der Bezüge", sagte Eckart Bomsdorf. Eine fünfprozentige Steigerung der Renten sah Professor Bert Rürup voraus. "Für die Masse wird sich sicherlich nichts ändern", war sich Rürup sicher. Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, bemängelte die schlechte Ausgangslage für ältere Arbeitnehmer. "Die Pläne der Regierung für die über 50-Jährigen reichen nicht ansatzweise aus, um Beschäftigung zu fördern", so Sommer. Außerdem hörten die meisten Menschen heute schon vor ihrem 65. Lebensjahr auf zu arbeiten. Eine konsequente Gesundheitsvorsorge in den Betrieben und Weiterbildung auch für Ältere seien notwendig, um das zu bekämpfen. "Die aktuelle Rentenpolitik scheint noch nicht mal in der Lage zu sein, für die nächsten Monate zu planen", sagte Axel Gerntke von der IG Metall. Die Vorhersagen, die die Regierung für 2050 oder 2060 treffe, erschienen ihm daher sehr unsicher. Marlene Schubert vom Zentralverband des Deutschen Handwerks unterstützte prinzipiell das Vorhaben der Bundesregierung. Die Regelung, dass Arbeitnehmer nach 45 Jahren Erwerbstätigkeit auch weiterhin mit 65 Jahren in Rente gehen können, sei für Handwerker aber nur selten umzusetzen. "Ein Dachdecker geht wegen der Körperbelastung im Schnitt mit 58 Jahren in Rente, dazu kommen immer wieder Phasen der Arbeitslosigkeit", so Schubert.

Ob Schwerbehinderte gesonderte Regelungen brauchen, um ihre Situation angemessen zu berücksichtigen, war ebenfalls umstritten. Schwerbehinderte unterlägen einem besonderen Schutz, deswegen müsse der Gesetzgeber auch bei der Rente auf sie eingehen, urteilte Bomsdorf. Rürup dagegen hielt es für möglich, entsprechende Regelungen mit einer Übergangsfrist auslaufen zu lassen. Axel Reimann, Direktor der Deutschen Rentenversicherung Bund, wies darauf hin, dass eine schwere Behinderung nicht unbedingt bedeute, eingeschränkt arbeitsfähig zu sein.

Die Regelung, Arbeitnehmern, die 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt hätten, weiterhin die Rente mit 65 Jahren zu genehmigen, biete Vorteile nur für Männer, bemängelten viele der Sachverständigen. Nach einer Stichprobenauswertung der Deutschen Rentenversicherung Bund für den Rentenzugang 2004 seien rund 85 Prozent derjenigen, die von der Regel hätten profitieren können, Männer gewesen, hieß es in der Stellungnahme der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Professor Helge Södan hielt das Vorhaben für verfassungsrechtlich bedenklich. Zwar unterstelle er der Bundesregierung keine gewollte Benachteiligung von Frauen, doch sei davon auszugehen, dass diese tatsächlich Nachteile haben würden.

Quelle: hib Nr. 046 vom 26. Februar 2007

Nützliche Informationen

- **Frühkindliche Förderung lohnt sich - Institut der deutschen Wirtschaft: Staatspart langfristig.**

Unterstützung bekommt Familienministerin Ursula von der Leyen in diesen Tagen aus der Wirtschaft. Nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) kommen staatliche Investitionen in die Vor- und Grundschulbildung nicht nur den Eltern zugute, sondern lohnen sich auch für die Wirtschaft und den Staat. Im Auftrag der Wissensfabrik - einem Verein von 50 Wirtschaftsunternehmen - wurde berechnet, was geschieht, wenn die frühkindliche Bildung verbessert wird. Fazit: Würden die Jüngsten früher gefördert, wären sie später fitter in Mathematik, Naturwissenschaften und im Lesen.

Dermaßen gerüstet, könnten die künftigen Jahrgänge höhere Bildungsabschlüsse erreichen. Zwar müsse der Staat zusätzlich zehn Milliarden Euro pro Jahr in die Hand nehmen, um gebührenfreie Kindergartenplätze und Ganztagschulen zu finanzieren. Doch lohne sich das. Bis 2050 entstünde so ein durchschnittliches Einnahmeplus von 14 Milliarden Euro im Jahr, weil besser qualifizierte Beschäftigte erfahrungsgemäß weniger von Arbeitslosigkeit betroffen seien, ein höheres Sozialprodukt erwirtschafteten und auch mehr Steuern und Sozialbeiträge zahlten. Auch müsste weniger für die Nachqualifizierung

von Jugendlichen ausgegeben werden. Das Kölner Institut veranschlagt dafür jährlich rund 300 Millionen Euro.

Die Wissenschaftler fragen sich, warum nicht schon eher die Reißleine gezogen wurde. Immerhin seien die Zahlen dramatisch. So hätten im Jahr 2005 rund 78.000 junge Leute den Hauptschulabschluss nicht geschafft, etwa 160.000 hätten eine berufsvorbereitende Maßnahme begonnen, in der sie nach dem Schulbesuch erst das Rüstzeug erwerben, um überhaupt eine Lehre machen zu können. Kinder sollten deshalb dann schon Hilfe erhalten, wenn sie ihre ersten Schritte im Bildungssystem tun, sagen die Experten. Die internationale Pisa-Studie habe gezeigt, dass etwa 17 Prozent der Jugendlichen nur ein Jahr oder noch kürzer den Kindergarten besucht hatten. Nach Berechnungen des IW Köln erzielten aber Kinder, die dort länger hingingen, beim Mathematik-Test immerhin 30 Punkte mehr.

Quelle: Kölner Stadtanzeiger von Astrid Wirtz, 23. Februar 2007

- **Experten auf der didacta: Soziale Kompetenzen fördern**

"Konzentration auf Paukfächer wird immer stärker"

Bildungsexperten haben am 1. März 2007 auf der didacta eine stärkere Förderung sozialer Kompetenzen in Kindergarten und Schule gefordert. "Damit Kinder und Jugendliche die Anforderungen in unserer Gesellschaft meistern können, brauchen sie vor allem soziale Kompetenzen, wie beispielsweise Konflikt- und Kooperationsfähigkeit", sagte Prof. Dr. Rita Süßmuth während eines Forums mit dem Titel 'Sozial emotionales Lernen: Herausforderung und Chance für Politik und Gesellschaft'. Angesichts der immer kürzeren Halbwertszeit von Wissen sei dies ein weit wichtigerer Anspruch an Bildung und Erziehung als die reine Wissensvermittlung, ergänzte die Familienministerin und Bundestagspräsidentin a. D. Mit Blick auf Meldungen über Gewalt und Verrohung an Schulen, sei andernfalls ein "schulinterner Klimakollaps" zu befürchten, so Dr. Bernhard Lorentz, Geschäftsführer der Vodafone Stiftung. 1999 gründete die Stiftung das Buddy-Projekt zur Förderung von Sozialer Kompetenz von Schülern. Die Referenten beklagten, dass den veränderten Anforderungen an Kinder und Jugendlichen in unserem Bildungssystem noch nicht genug Rechnung getragen werde. "Zu oft wird Soziales Lernen als Sekundärtugend betrachtet", sagte etwa der Berliner Entwicklungspsychologe Prof. Dr. Herbert Scheithauer. Dieser Befund werde auch durch die Pisa-Studie gestützt. Sie bescheinigt den deutschen Schülern im Bereich der Kompetenzen große Defizite. Ein Umdenken habe deswegen aber offenbar nicht stattgefunden. "Die Konzentration auf Paukfächer wird als Folge grassierender Testeritis immer stärker", sagte die stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Marianne Demmer. "Dabei sind die angepassten, funktionierenden und gehorsamen Maschinenbediener des Industriezeitalters als Leitbild sozial-emotionalen Lernens passé." Manfred Walhorn, Leiter der Schulabteilung im nordrhein-westfälischen Bildungsministerium, warnte nachdrücklich, dass eine Polarisierung zwischen sozialer und fachlicher Kompetenz einem ganzheitlichen Begriff von Bildung und Erziehung nicht gerecht werde. Fachliches Lernen müsse auch die Entfaltung sozialer Kompetenzen integrieren. Kulturelle und soziale Prozesse hätten unbeschadet ihres Eigenwertes auch ein beträchtliches Potential, um kognitive Kompetenz zu fördern.

In Nordrhein-Westfalen habe man bereits mehrere Projekte eingeführt, um Soziales Lernen in Kindergarten und Schule zu fördern, so Walhorn weiter, etwas das MUS-E Programm der Yehudi Menuhin Stiftung Deutschland an rund 100 Grundschulen. Ein weiteres Beispiel sei das von der Vodafone Stiftung initiierte Buddy-Projekt als Pilot an bis zu 100 Hauptschulen in Ostwestfalen-Lippe. Bei Erfolg solle das Projekt auf weitere Regionen ausgeweitet werden.

Außerdem nutzen Schulen gemeinsam mit außerschulischen Partnern die Möglichkeiten der Offenen Ganztagschule im Primarbereich sowie neue Spielräume durch die Umstellung von Hauptschulen in gebundene Ganztagschulen.

Quelle: <http://bildungsklick.de/a/51593/experten-auf-der-didacta-soziale-kompetenzen-foerdern> am 1. März 2007

- **Praxishandbuch „Kommunale Familienpolitik“ erschienen**

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. stellen in Berlin das Praxishandbuch "Kommunale Familienpolitik" vor (...)

Das Handbuch richtet sich an alle Akteure des kommunalen Raums, die mit Familie in Berührung kommen: kommunalpolitische Entscheidungsträger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen, der sozialen Arbeit, der Verbände, Kirchen und Unternehmen.

"Mit dem Praxishandbuch sollen Kommunen zu mehr familienfreundlichen Aktivitäten motiviert werden. Neben Hintergrundinformationen und zahlreichen guten Beispielen kommunaler Familienpolitik gibt es auch wertvolle Adressen, Ansprechpartner und Links", sagt Wilhelm Schmidt, Vorsitzender des Deutschen Vereins, anlässlich der Buchvorstellung in Berlin. "Eine kinder- und familienfreundliche Politik kann so auf lokaler oder regionaler Ebene konkret vorangebracht werden und erhebliche Wettbewerbsvorteile einbringen", so Wilhelm Schmidt.

Das Handbuch präsentiert verschiedene gute Beispiele, wie sich Familie und Beruf vereinbaren lassen, verschiedene Familienformen und Generationen in einer Kommune zusammenggeführt werden können oder welche vielseitigen Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien existieren. So unterstützt der Arbeitskreis Neue Erziehung e. V. (ANE) aus Berlin mit seinem Projekt "BEN - das BundesweiteElternNetz" unter www.ben-elternnetz.de Eltern interaktiv und mehrsprachig bei allen Fragen rund um den Erziehungsalltag.

Quelle: Pressemitteilung Nr. 161 des BMFSFJ vom 7. Februar 2007

- Die **Beilage der Zeitung Das Parlament Nr. 7/2007** enthält mehrere familienpolitisch interessante Beiträge:
 - Familiengründung und Erwerbstätigkeit im Lebenslauf - *Manfred Spieker*
 - Mehr Kinder oder mehr Erwerbstätige? - *Kathrin Walther*
 - Karriere mit Kindern?! - *Angelika Koch*
 - Teilzeitregelung in Führungspositionen für Beschäftigte mit Kindern - *Peter Döge*
 - Männer - auf dem Weg zu aktiver Vaterschaft? - *Hildegard Matthies*